



Sabine Poschmann, MdB

Stellvertretende wirtschafts- und energiepolitische Sprecherin
Beauftragte für den Mittelstand und das Handwerk
der SPD-Bundestagsfraktion

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon 030 227 – 78494

Fax 030 227 – 76496

E-Mail: sabine.poschmann@bundestag.de

27. April 2020

PRESSEMITTEILUNG

MdB Poschmann kritisiert Hängepartie um die drei Dortmunder Real-Märkte „Verkaufsprozess ist eine Zumutung für die Beschäftigten“

„Die Informationspolitik über die geplante Zerschlagung der Real-Märkte ist zu einer Zumutung für alle Beschäftigten geworden.“ Mit deutlichen Worten kritisiert die Dortmunder Bundestagsabgeordnete Sabine Poschmann (SPD) die „mangelnde Transparenz“ des Investors SCP Retail Investments. Ende März hatte SCP angekündigt, vorbehaltlich der Prüfung durch das Kartellamt 141 der bundesweit 276 Real-Warenhäuser an Kaufland und Edeka weiterzureichen.

Ob die drei Dortmunder Real-Märkte in Oespel mit 12.000 Quadratmetern Verkaufsfläche, Aplerbeck (9.000 qm) und Eving (4.500 qm) Bestandteil des Verkaufspaketes seien, bleibe bis zum heutigen Tage unklar. „In den Häusern arbeiten rund 420 Beschäftigte, die nach wie vor keine Informationen bekommen und möglicherweise noch Monate in der Luft hängen“, kritisiert Poschmann als stellvertretende wirtschaftspolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion.

Durch die Ungewissheit würden die Menschen mitten in der Corona-Krise zusätzlich belastet. „Da stehen Existenzen auf dem Spiel, die Menschen haben Sorge um ihre Zukunft“, betont Poschmann. Zwar hätten Kaufland und Edeka signalisiert, die Mitarbeiter im Zuge des Betriebsüberganges zu übernehmen. Das reiche jedoch nicht. „Ich erwarte, dass jeder Mitarbeiter endlich eine verbindliche Arbeitsplatzgarantie bekommt“, fordert die Bundestagsabgeordnete.

Nach den bisher bekannt gewordenen Plänen von SCP sollen 141 der 276 Real-Märkte von Kaufland und Edeka übernommen werden. Weitere 50 Märkte sollen mindestens zwei Jahre unter der Marke Real weiterlaufen, weitere 30 Märkte geschlossen werden. Um welche Häuser es sich dabei handelt, bleibt ebenso offen wie die Frage, was mit den restlichen Märkten geschehen soll.